

Prof. Dr. Paul J.J. Welfens,
Präsident des Europäischen Instituts für Internationale Wirtschaftsbeziehungen (EIIW) an
der Bergischen Universität Wuppertal; Lehrstuhl Makroökonomik und Jean Monnet
Professor für Europäische Wirtschaftsintegration an der Bergischen Universität Wuppertal,
Rainer-Gruenter-Str. 21, D-42119 Wuppertal; Alfred Grosser Professorship 2007/08,
Sciences Po, Paris, Research Fellow, IZA, Bonn; Non-Resident Senior Fellow at
AICGS/Johns Hopkins University, Washington DC

0202 439 1371 welfens@eiiw.uni-wuppertal.de , www.eiiw.eu



BREXITFlorenz

Prof. Dr. Paul Welfens

22.09.2017 *P.Welfens, An Accidental BREXIT (Palgrave), BREXIT aus Versehen (Springer)*

*** In der Stadt der Renaissance spricht May, Chefin eines Kabinetts mit einem lügenden Außenminister, über die Zukunft der Kooperation in Europa – Widerspruch in Person**

Florenz-Rede von Premier May als Befreiungsschlag im Geiste Macchiavellis

Die britische Premierministerin May hat eine schwierige Situation, da sie einen EU-Austritt organisieren will, der eigentlich keine Wählermehrheit – bei geordnetem Referendum - gehabt hätte: Die Hauptergebnisse des Treasury Reports von April 2016, nämlich -10% Einkommensrückgang im Fall eines BREXIT – waren sonderbarer Weise nicht mit einem Wort in der 16seitigen Cameron-Info-Broschüre enthalten, verschickt an alle Haushalte in England am 9.-11. April. Auf Basis bekannter UK-Popularitätsstudien, die den Zusammenhang von Wachstum und Regierungspopularität zeigen, hätte sich bei fairer, korrekter Wählerinfo eine 52%-Mehrheit für Remain (Verbleib in der EU) ergeben. 2014 beim Schottland-Referendum teilte Cameron per Broschüre mit, dass jeder Schotte im Fall der Unabhängigkeit 1400 Pfund verlieren werden, 2016 bei noch höherem drohenden Einkommensverlust von 1800 Pfund pro Kopf keine Silbe. So gesehen hat das BREXIT-Projekt kaum Legitimität und darüber kann die interessante Rede von Premierministerin May in der Stadt der Renaissance, Florenz, auch nicht hinwegtäuschen. Der May-Aufruf zu einer neuen Kooperation mit der EU – bei mehrjähriger Übergangszeit beim BREXIT – ist gut inszeniert, in der Sache aber Teil einer für jedermann sichtbaren Widersprüchlichkeit und auch Unehrllichkeit.

Renaissance und Wissenschaftsaufschwung bzw. Suche nach der Wahrheit gehören historisch zusammen, die Neigung zur Wahrheit ist im May-Kabinetts gering: Der von David Norgrove, Chef der UK Statistics Authority, verfasste Brief vom 17.7.2017 kritisiert die 350 Mio.-Pfund-EU-Wochenbeitragslüge von Außenminister Boris Johnson, die er 2016 im Wahlkampf dutzendfach erzählte oder vor plakatierendem Bus zeigte und nun als Behauptung in Zeitungsbeitrag wiederholte. Norgrove schrieb: Das verwechselt Brutto- und Nettozahlungen...Dies ist ein klarer Missbrauch offizieller Statistiken. This confuses gross and net contributions...it is a clear misuse of official statistics. Frau May hat aber daraufhin nicht den **lügenden Boris Johnson** entlassen, sondern ihn verteidigt.

Premier May selbst, sechs Jahre lang Innenministerin in Cameron-Regierungen und zuständig für Einwanderung, **ist nicht ehrlich**, nur machtversessen – sie sollte sich Shakespeares Hamlet ansehen (da heißt es: Sei ehrlich zu dir selbst, dann bist du es auch zu den anderen). Denn sie hat in ihrem Weißbuch zum BREXIT vom Februar 2017 wieder behauptet, dass EU-Zuwanderung über eine Dekade hinweg eine große Belastung für UK gewesen sei; im Kapitel Controlling Immigration zeigt sie aber eine Grafik, wonach die Nicht-EU-Immigration das größere Phänomen war. May verschweigt, dass laut OECD-Untersuchung Zuwanderer einen Nettobeitrag zum EU-Staatshaushalt erbringen. Die EU-Zuwanderer haben obendrein eine Erwerbsquote, die höher als der britische Durchschnitt ist. Eine ökonomische Belastung für UK sind sie gewiss nicht.

BREXIT basiert auf einem **Fehlreferendum** und daher ist die gesamte BREXIT-Politik ein historischer Schritt in ein britisches Politikabsurdistan. Der Treasury Report von 2016 zeigt auf solider Analysebasis -6% Einkommenseffekt von BREXIT sowie -4% aus nichtrealisierter EU-Binnenmarktvertiefung, wie sie von Cameron Anfang 2016 mit der EU ausgehandelt wurde. 2017 wird der BREXIT-Schmerz allmählich sichtbar, denn 15%-Pfundabwertung binnen Jahresfrist nach dem 23. Juni 2016 bedeutet eine Inflationsrate für 2017, die gegen 3% geht – 2016 erst 1%-Inflationserwartung für 2017. 1/20 bis 1/10 der Jobs im Londoner Finanzsektor (inklusive Multiplikatoreffekte) könnten im BREXIT-Fall verloren sein, zudem zahlreiche Arbeitsplätze in der Industrie. Das britische Wachstum 2018-2021 wird viel schwächer sein als das Office for Budget Responsibility im März 2017 vorhersagte: Wiederanstieg der Wachstumsrate von 1.6% in 2018 auf 2% in 2021. Auf den Zahlen baute der Finanzminister seine Budgetrede auf.

Es ist trotz eines denkbaren Finanzierungsangebotes von Frau May, nicht zu erkennen, wie man den BREXIT sinnvoll realisieren kann. BREXIT als Referendumsergebnis ist eine historische Fehlleistung des britischen Politiksystems, dessen Umständen offenbar bislang kaum jemand nachgehen will.

Zudem ist die Global Britain-Politik (mehr britische Freihandelsabkommen zwecks Wachstumsförderung) der May-Regierung kaum realisierbar. Ein Freihandelsabkommen mit USA machbar, mit Japan wohl im EU28-Kontext bald erreicht; bei Indien wird die indische Regierung Visa-Erleichterung für Arbeitnehmer fordern, was die Anti-Immigrationspolitik von May vor Megaprobleme stellen dürfte. Mit China ist ein Freihandelsabkommen kaum denkbar, da sonst britische Industrien rasch ausbluten. Da die US-Politik unter Trump gegen Multilateralismus ist bzw. die Internationalen Organisationen – z.B. die Welthandelsorganisation und die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich – schwächt, fehlt zudem eine stabile institutionelle Basis für einen Global-Britain-Ansatz mit verbreiterten Freihandelsnetzwerken.

Die Anti-Immigrationsrhetorik von Cameron – seit 2013 – war das Hochtreiben eines Sündenbocks für die Defizit-Kürzungspolitik der Cameron-Regierung, die nach der Bankenkrise die hohe Defizitquote rasch drücken wollte: Finanzzuweisungen an die Kommunen wurden in fünf Jahren um enorme 3,5% des Nationaleinkommens gekürzt, was zu massiver Unterversorgung mit öffentlichen Gütern in vielen Städten führte – Folgerung der Bürger dann häufig: Da müssten die vielen Zuwanderer Schuld sein; die EU-Zuwanderung machte aber kaum 0,3% Bevölkerungszuwachs aus.

Das Wissen über die EU war und ist in UK sonderbar gering. 81% der Befragten in Deutschland konnten zwei einfache EU-Wissensfragen in einer Bertelsmann-Stiftung-Umfrage beantworten, 53% der polnischen Befragten, 49% der britischen Befragten; dabei ist ja UK 1973 der EU beigetreten, Polen drei Jahrzehnte später, nämlich 2004. Tony Blair war einer der wenigen Premiers in UK, der EU-Wissen über Bildungspolitik zu stärken versuchte. Die EU-Kommission war relativ wenig in UK aktiv. Im Übrigen hat EU-Kommissionspräsident Juncker ja nicht den Mut gefunden, vor dem Referendum in London, Oxford oder Birmingham eine historische Rede Pro-EU-Mitgliedschaft zu halten; oder doch wenigstens der falschen Info zur Höhe der britischen EU-Beitragszahlungen (350 Mio. Pfund wöchentlich) von Boris Johnson die korrekte Zahl (weniger als die Hälfte als Nettobeitragszahl) per blauem Bus entgegen zu setzen.

Der BREXIT kann zu einem neuen Nordirland-Problem führen, also der vom damaligen US-Präsident Bill Clinton unterstützten Friedensregelung von 1998 massiv entgegen wirken. Im Übrigen wird das Zusammenwirken von US-Bankenderegulierung unter Trump und der absehbaren UK-Bankenderegulierung eine europaweite Deregulierung mit einer nächsten Bankenkrise auf längere Sicht zur Folge haben. Nur eine gemeinsame Bankenregulierung EU27 mit UK könnte das verhindern, doch ein solches Projekt ist von EU-Seite bislang in den Verhandlungen mit UK nicht mit einem Satz gefordert worden. Die EU braucht – jenseits aller BREXIT-Schritte – dringend umfassende Reformen, nicht dumpfe Selbstzufriedenheit. Laut Forschungsgruppe Wahlen sind Europa-Wahlen Ausgangspunkt einer politischen Radikalisierung: Da die Wähler zwar bei Landtags- oder Bundestagswahlen klar die relevanten Politikfelder identifizieren können, bei Europa-Wahlen jedoch nicht – die EU ist mit einer Staatsverbrauchsquote von 1% budgetmäßig unterdimensioniert -, neigen Wähler dann oft dazu, kleinen radikalen Parteien quasi als Experiment die Stimme zu geben.